

## Pressemitteilung:

**+++ Breites zivilgesellschaftliches Bündnis fordert Wahlrechtsreform +++ “Wahlrecht muss für alle gelten!” +++ Bundesratsinitiative und landeseigener Vorstoß erwartet**



**Berlin, 9.02.2022**

Ein breites Bündnis aus antirassistischen und stadtpolitischen Gruppen fordert von der Berliner Landesregierung die schnelle Umsetzung der Wahlrechtsreform. Im Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und Linkspartei angekündigt, das Wahlrecht so zu reformieren, dass alle Menschen, die seit mindestens fünf Jahren in Berlin leben, ein Stimmrecht bekommen.

“Fast ein Viertel der Berliner\*innen haben keine Stimme: weder fürs Parlament noch bei Volksentscheiden. Das ist schlicht und ergreifend undemokratisch. Wir nehmen die Landesregierung beim Wort: Was sie in ihren Koalitionsvertrag geschrieben hat, muss sie jetzt auch umsetzen. Das heißt: In den nächsten 100 Tagen eine Bundesratsinitiative starten und als Bundesland auf eigene Faust das Wahlrecht reformieren”, so Garip Bali vom Aktionsbündnis Antira.

In dem gemeinsamen Statement fordern das Aktionsbündnis Antira, die Initiative Deutsche Wohnen und Co. enteignen und “Nicht ohne uns 14 %” zusammen mit fast 50 Gruppen aus der Berliner Zivilgesellschaft außerdem Mitsprache in den Gremien auf Landes- und Bundesebene, die sich mit der Wahlrechtsreform befassen.

Die Initiative “Nicht ohne uns 14%” fordert diese Reform auf Bundesebene, wo fast 10 Millionen Menschen davon betroffen wären.

“Wir lassen uns nicht weiter stummschalten. Wir lassen nicht länger zu, dass jede 7. Person in diesem Land systematisch ausgeschlossen wird. Wahlrecht an die Staatsangehörigkeit zu koppeln statt an den Lebensmittelpunkt - das ist reaktionär und nationalistisch. Demokratische Mitbestimmung ist unser Recht, weil wir hier leben! Wir sollten es uns nicht erst verdienen müssen.”, sagt Sanaz Azimipour von der bundesweiten Initiative “Nicht ohne uns 14%.

“Beim Volksentscheid Deutsche Wohnen und Co. enteignen haben wir erlebt, wie viele unserer Unterschriften für ungültig erklärt wurden. Wir leben in dieser Stadt und sind direkt von allen Entscheidungen betroffen, aber dürfen selbst nicht mitbestimmen. In Zukunft muss gelten: Bei einem Volksentscheid haben alle eine Stimme, die in Berlin leben!”, so Berta Del Benen von der Initiative Deutsche Wohnen und Co. enteignen abschließend.

Die ganze Erklärung finden Sie hier: <https://www.change.org/p/bundesregierung-nicht-ohne-uns-14-prozent-bundestagswahlrecht-für-alle-in-deutschland-lebenden-menschen/u/30181856>

### **Kontakt:**

**Nicht ohne uns 14%:** nichtohneuns14prozent@gmail.com

**DWE/ Right 2 the city for all AG:** right2thecity@dwenteignen.de

**ABA, Aktionsbündnis Antira:** aktionantira@posteo.de

**/// DEUTSCHE  
WOHNEN & CO  
ENTEIGNEN**